
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 3

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie am 20.08.2007

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Ursula Erdelkamp
Hartmut Ganzke
Karin Goddinger
Ursula Lindstedt
Hildegard Rūwald
Christina Zubrytzki
Ute Giedinghagen
Elisabeth Schwarz
Annelies Schwarzer
Paul Wisniewski
Jochen Nadolski-Voigt
Heike Schaumann
Martina Plath

sachkundige Bürger

Karl-Friedrich Diehle
Christel Jachmann
Eleonore Köth-Feige
Doris Holtmeier
Rita Schröder
Gabriele Wentzek
Bodo Freund

Von der Verwaltung

Frau Warminski-Leitheusser, Dez. III
Herr Sparbrod. L FB 50
Frau Grewe, FB 50
Herr Risse, FB 50
Herr Zakel, FB 50
Frau Schmücker, PK
Frau Bierwolf-Siegrist, stellv. Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Elsbeck, Kreistagsabgeordneter
Herr Sieger, Kreistagsabgeordneter
Herr Erdmann, Geschäftsführer der
SPD-Kreistagsfraktion
Herr Naujoks, Geschäftsführer der
Kreistagsgruppe Die Linke.
Herr Ringelsiep, ARGE Kreis Unna
Herr Diekmännken, ARGE Kreis Unna

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Mitglieder. Er stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Bodo Freund als sachkundiger Bürger verpflichtet und Frau Gabriele Bierwolf-Siegrist auf Vorschlag des Landrats als stellv. Schriftführerin für den Ausschuss für Arbeit und Soziales bestellt. Weitere Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Informationen der ARGE zur Umsetzung des SGB II

Punkt 2

141/07

Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlichem Träger der Sozialhilfe und dem Lebenszentrum Königsborn als Träger der Fachklinik für Kinderneurologie und Sozialpädiatrie mit Sozialpädiatrischem Zentrum (SPZ) zur Mitfinanzierung der amb. sozialpädiatr. Behandlung

Punkt 3

140/07

Änderung der Vereinbarung über die Beteiligung des Kreises Unna an der Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle, des FrauenNotrufes und der Geschäftsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V.

Punkt 4

Vorstellung der Eckpunkte des neuen Heimgesetzes NRW
- mündlicher Bericht der Verwaltung

Punkt 5

Vorstellung der Eckpunkte der Reform der Pflegeversicherung

- mündlicher Bericht der Verwaltung

Punkt 6

Informationen der Verwaltung zur Auflösung der Versorgungsverwaltung NRW und zur Übernahme der Aufgaben durch den Kreis Unna

- mündlicher Bericht der Verwaltung

Punkt 7

127/07

Zuschüsse zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Informationen der ARGE zur Umsetzung des SGB II

Herr Ringelsiep berichtet kurz über die aktuellen Entwicklungen der ARGE Kreis Unna. Er weist darauf hin, dass dem Wunsch des Kreistages entsprochen wurde, die Vorgaben zum sozialen Arbeitsmarkt umzusetzen und dem Lenkungsausschuss der ARGE in der vergangenen Woche ein entsprechender Programmentwurf zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde. Insbesondere stellt er die beiden geplanten Modellprojekte „JOBSozial100“ und „JOBStart“ vor (s. Anlage 1). Das Programm wird dem Beirat der ARGE in seiner nächsten Sitzung Anfang September präsentiert und in einer Arbeitsgruppe abgestimmt, bevor es dem Lenkungsausschuss zur Entscheidung vorgelegt wird.

Die Fraktionen heben die zügige Umsetzung des Kreistagsvorschlags und die Bestrebungen der ARGE für den Personenkreis der Langzeitarbeitslosen durch die Entwicklung und Umsetzung spezieller Programme hervor. Es wird vorgeschlagen, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Familie und Soziales im November sowohl das Arbeitsmarktprogramm als auch die Entwicklung der Kosten der Unterkunft vorzustellen.

Herr Ringelsiep sagt dies insoweit zu, dass in der Sitzung im November ein Entwurf des Arbeitsmarktprogramms vorgelegt werden könne, da zu diesem Zeitpunkt eine Beschlussfassung des Lenkungsausschusses noch nicht erfolgt sei.

Zu den Kosten der Unterkunft werden nach Mitteilung von Herrn Sparbrod für die Sitzung im November

verlässliche Daten vorliegen. Nach eingehender Prüfung der Kostenentwicklung sei u.U. eine Anpassung der Richtlinie Kosten der Unterkunft notwendig. In diesem Fall würde dem Ausschuss ein Vorschlag zur Anpassung der Richtlinie vorgelegt.

Punkt 2

141/07

Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlichem Träger der Sozialhilfe und dem Lebenszentrum Königsborn als Träger der Fachklinik für Kinderneurologie und Sozialpädiatrie mit Sozialpädiatrischem Zentrum (SPZ) zur Mitfinanzierung der amb. sozialpädiatr. Behandlung

Erörterung

Frau Warminski-Leitheußer stellt die Vorlage 141/07 vor und weist insbesondere darauf hin, dass der in der vorliegenden Vereinbarung enthaltene Zuschuss in dieser Höhe notwendig sei, da die Verhandlungen des Lebenszentrum Königsborn mit der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Krankenkassen in Westfalen-Lippe über weitere Zuschüsse nicht erfolgreich waren.

Die Fraktionen weisen auf die Bedeutung und Wichtigkeit einer solchen Einrichtung im Kreis Unna und die überregionale Wirkung hin. Nach Klärung von Fragen und kurzer Diskussion trifft der Ausschuss folgenden

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Kreistag stimmt dem Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlichem Träger der Sozialhilfe und dem Lebenszentrum Königsborn als Träger der Fachklinik für Kinderneurologie und Sozialpädiatrie mit Sozialpädiatrischem Zentrum zur Mitfinanzierung der ambulanten sozialpädiatrischen Behandlung im Sozialpädiatrischen Zentrum zu.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

140/07

Änderung der Vereinbarung über die Beteiligung des Kreises Unna an der Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle, des FrauenNotrufes und der Geschäftsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V.

Erörterung

Frau Warminski-Leitheußer erläutert die Vorlage 140/07. Das weitere Vorhalten eines Beratungsangebots nach sexualisierter Gewalt wird von allen Fraktionen begrüßt, auch wenn es eine Veränderung in den Strukturen gegeben hat. Hervorgehoben wird, dass der Kreis Unna der einzige Kreis in NRW mit einem Gesamtkonzept ist, wie es das Frauenforum im Kreis Unna e.V. anbietet.

Der Ausschuss trifft folgenden

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Kreistag stimmt der Änderung der Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und dem Frauenforum im Kreis Unna e.V. über die Beteiligung des Kreises Unna an der Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle, des FrauenNotrufs und der Geschäftsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V. zu.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

Vorstellung der Eckpunkte des neuen Heimgesetzes NRW
- mündlicher Bericht der Verwaltung

Erörterung

Herr Risse stellt die Eckpunkte des neuen Heimgesetzes NRW vor, weist auf die zu erwartenden Veränderungen hin und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder. Der Vortrag von Herrn Risse ist als Anlage 2 beigefügt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Punkt 5

Vorstellung der Eckpunkte der Reform der Pflegeversicherung
- mündlicher Bericht der Verwaltung

Erörterung

Herr Sparbrod präsentiert die Eckpunkte der Reform der Pflegeversicherung. Ziel der Reform des SGB XII sei es, die ambulante Versorgung Pflegebedürftiger zu stärken. Im Anschluss an die Vorstellung der Eckpunkte beantwortet Herr Sparbrod Fragen der Ausschussmitglieder. Der Vortrag ist als Anlage 3 beigefügt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Punkt 6

Informationen der Verwaltung zur Auflösung der Versorgungsverwaltung NRW und zur Übernahme der Aufgaben durch den Kreis Unna

- mündlicher Bericht der Verwaltung

Erörterung

Herr Sparbrod teilt mit, dass die Auflösung der Versorgungsverwaltung zum 01.01.2008 sicher scheint. Der Gesetzentwurf solle am 26. Oktober im Landtag verabschiedet werden. Danach werden auf die Kreise und kreisfreien Städte zum 01.01.2008 folgende Aufgaben übergehen:

1. Erziehungsgeldgewährung
2. Aufgaben nach dem Elternzeitgesetz
3. Schwerbehindertenangelegenheiten, einschl. Medizinischer Dienst.

Kriegsopferfürsorge- und Entschädigungsleistungen, z.B. Opferentschädigung, werden zukünftig von den Landschaftsverbänden und arbeitsmarkt- und sozialpolitische Förderprogramme weiterhin von den Bezirksregierungen wahrgenommen.

Gespräche mit der Versorgungsverwaltung Dortmund zur Übergabe der Aufgaben und des damit verbundenen Personals sind von Seiten des Kreises bereits geführt worden. Für den Bereich des Erziehungsgeldes und der Aufgaben nach dem Elternzeitgesetz sind 4,5 Stellen, im Schwerbehindertenbereich 22,5 Stellen und im Medizinischen Dienst 1,5 Stellen zu übernehmen.

Es ist beabsichtigt, die Aufgaben zu 1. und 2. dem Fachbereich Familie und Jugend und die Schwerbehindertenangelegenheiten dem Fachbereich Arbeit und Soziales zu übertragen. Die Personal- und Sachkosten werden nach dem Konnexitätsprinzip durch das Land erstattet. Damit ist allerdings die Erwartung verbunden, innerhalb von 3 Jahren insgesamt 2,5 Stellen (Erziehungsgeld/Elternzeitgesetz 0,5 Stellen, Schwerbehindertenangelegenheiten 2,0 Stellen) einzusparen.

Neben dem Personal im Medizinischen Dienst entstehen Kosten für externe Gutachten. Hier wird eine direkte Abrechnung mit dem Land anstelle einer Pauschalabrechnung angestrebt, um mögliche Kostenschwankungen aufzufangen.

Die Mitglieder des Ausschuss nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 7

127/07

Zuschüsse zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Erörterung

Herr Nadolski-Voigt stellt die Vorlage 127/07 kurz vor.

Frau Giedinghagen teilt für die CDU-Fraktion mit, dass – wie bereits in der letzten Ausschusssitzung kritisch angemerkt – auch bei diesem Antrag kein kreisweiter Bezug besteht. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag trotzdem zustimmen, da ihr der vom Verein KOMMA e.V. wahrgenommene Bereich der Kinderbetreuung und Elterngespräche ein wichtiges Anliegen sei.

Frau Schaumann erklärt für die FDP-Fraktion, dass sie sich auf Grund des fehlenden Kreisbezugs enthalten werde.

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie beschließt:

Der Ausschuss unterstützt die Arbeit des Mütter- und Familienzentrums KOMMA e.V. in Lünen mit einem einmaligen zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 750,00 Euro.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung der FDP-Fraktion

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Sozialbericht des Landes NRW

Frau Warminski-Leitheußer informiert darüber, dass Herr Minister Laumann am 05. November, ab 17 Uhr, in Hamm den Sozialbericht des Landes NRW für den Bereich der Regierungsbezirk Arnsberg vorstellt. Eine schriftliche Einladung des Ministeriums folgt.

2. GPA-Bericht – Bündelung von Leistungsprozessen in der ambulanten Pflege – Anfrage von Frau Giedienghagen

Frau Giedienghagen fragt für die CDU-Fraktion an, wie die Anregung aus dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt zur Bündelung von Leistungsprozessen in der ambulanten Pflege umgesetzt werden soll.

Frau Warminski-Leitheußer erläutert, dass diese Frage abschließend in der letzten Sitzung der Finanzstrukturkommission behandelt wurde. Es war Absicht des Kreises Unna, bereits zum 01.01.2008 die Leistungen auf der Kreisebene zu bündeln. Dadurch wäre die bisherige finanzielle Beteiligung der Städte und Gemeinden in Höhe von jährlich 1,5 Mio. € entfallen. Gleichzeitig hätten bis zu 4 Stellen für die Aufgabenerledigung eingerichtet werden müssen. Die dann durch den Kreis Unna zu tragenden Gesamtkosten belaufen sich auf einen halben Punkt Kreisumlage. Die Finanzstrukturkommission hat sich aus diesen Gründen gegen die jetzige Bündelung ausgesprochen. Es sollen Vereinbarungen mit den Städten und Gemeinden zu Kostenoptimierungen verabredet werden. Sobald sich die finanzielle Situation

des Kreises verbessert, wird erneut die Bündelung der Aufgabe geprüft.

3. Krankenversicherung für Leistungsbezieher

Herr Sparbrod berichtet, dass sich die mit in Kraft treten der neuen Regelungen zur Krankenversicherungspflicht entstandene Hoffnung nicht erfüllt habe, die Bezieher von Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt in Krankenkassen aufnehmen zu lassen. Lediglich der Personenkreis, der ausschließlich Leistungen der Krankenhilfe beziehe, konnte krankenversichert werden. Dies sind 80 Personen. Von den anderen ca. 4.000 Leistungsbezieheren erfüllten ungefähr die Hälfte durch Vorversicherungszeiten die Bedingungen zur Aufnahme in einer Krankenversicherung. Es verbleibt ein Personenkreis von gut 2.000, für die weiterhin in voller Höhe Krankenhilfe zu gewähren ist. Die finanziellen Belastungen für den Kreis bleiben damit hoch. Genaue Zahlen werden im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgestellt.

4. Jubiläumsveranstaltungen im Bereich der Altenarbeit

Herr Zakel weist auf zwei 10-jährige Jubiläen hin:

1. Wohnberatung

Anlässlich des Jubiläums findet am 18. Oktober eine Fachtagung in der Stadthalle Kamen statt. Schriftliche Einladungen folgen.

2. Pflegeberatung der Verbraucherberatungen

Am 30. November wird eine Fachtagung im Ökozentrum Bergkamen veranstaltet. Hier folgen ebenfalls schriftliche Einladungen.

Ende der Sitzung: 17.40 Uhr

Anlage

1. Informationen der ARGE Kreis Unna zur Umsetzung des SGB II
2. Präsentation der Eckpunkte des neuen Heimgesetzes NRW
3. Vorstellung der Eckpunkte der Reform der Pflegeversicherung

Nadolski-Voigt

Vorsitzender

Bierwolf-Siegrist

stellv. Schriftführerin